

**VERBAND SCHWEIZERISCHER HOLDING-
UND FINANZGESELLSCHAFTEN**

GESCHÄFTSBERICHT 2008

Vorstand

Dr. Georg Stucky, Präsident, Baar
Dr. Kurt Arnold, Erlinsbach
Dr. Peter A. Derendinger, Wilen b. Wollerau
Christoph Huber, Gossau
Max Kühne, Binningen
Daniel Lüthi, Utzigen
Lucas Metzger, Basel
Dr. Alfred Storck, Zürich
Dr. Ueli Vischer, Basel

Geschäftsstelle

Thomas W. Knell, Geschäftsführer
CH-4052 Basel, Aeschenplatz 7
Tel. +41 51 295 93 93
Fax +41 61 272 53 82
E-Mail: info@holdingverband.ch
Internet: www.holdingverband.ch

Revisionsstelle

Jürg Allemann, Zürich
Dr. Georg Schürmann, Basel

Ausgleichskasse

Daniel Cerf, Geschäftsführer
CH-8004 Zürich, Ankerstrasse 53
Tel. +41 44 296 10 00
Fax +41 44 242 85 49

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	4
II.	Ausgleichskassen	6
1.	Unsere AHV- und Familienausgleichskassen	6
2.	Die Ausgleichskasse Banken im Besonderen	6
3.	Gründung der Familienausgleichskasse Banken	8
III.	Interna	11
1.	Generalversammlung 2008	11
2.	Mitgliederbestand	11
3.	Bilanz per 31.12.2008	12
4.	Erfolgsrechnung vom 1.1. bis 31.12.2008	13
5.	Revisionsbericht	14

I. Einleitung

„Tempora mutantur, nos et mutamur in illis – Die Zeiten ändern sich und wir in ihnen“ sagten die klugen Römer und passten sich den Änderungen an. Dies tut auch Ihr Verband, einerseits im Hinblick auf die veränderte politische Landschaft, der finanz- und steuerpolitisches Lobbyieren gelassen ändern Organisationen überlassen kann und Doppelspurigkeiten vermeiden will, andererseits in der Erkenntnis, welche volkswirtschaftliche Bedeutung dem schweizerischen Sozialsystem zukommt. Auslöser dieser Einsicht sind aber auch ökonomische Gründe, nämlich mit den beschränkten Mitteln, die dem Verband zur Verfügung stehen, den Mitgliedern eine möglichst umfassende Dienstleistung anzubieten.

Die Neuausrichtung des Verbandes mit Fokussierung auf die Sozialversicherungen ist bereits im Geschäftsbericht 2007 angekündigt und inzwischen auch umgesetzt worden. Das zu beackernde Feld ist nicht neu, weil der Verband schon seit Einführung der AHV zusammen mit der Schweizerischen Bankiervereinigung Mitträger der Ausgleichkasse für das schweizerische Bankgewerbe war und später, quasi im Seitenwagen, die Familienausgleichskassen der Banken in den Kantonen Aargau und Zürich gründete. Mit dem vom Volk am 26. November 2006 verabschiedeten Bundesgesetz über Familienzulagen haben sich die Perspektiven so erweitert, dass die Tätigkeit auch auf andere Kantone, resp. in letzter Absicht auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden soll. Eine einzige Ausgleichkasse für die alle Finanzinstitute, zuständig für AHV und Familienzulagen, ist also das Ziel.

Noch ist es nicht soweit. Der Grund liegt in den kantonalen Ausführungserlassen. Das Bundesgesetz überlässt es den Ständen, ob sie branchenspezifische Kassen zulassen wollen, was automatisch auch zu verschiedenen hohen Beitragssätzen führt; die Zulagen innerhalb eines Kantons sind für alle gleich und dürfen ein bundesrechtlich vorgegebenes Minimum nicht unterschreiten. Im Beitragsunterschied liegt also der „Hase im Pfeffer“. Einzelne Kantone resp. ihre Beamten sehen es mit

scheelen Augen, dass gewisse Branchen kleinere Beiträge zahlen müssen, als wenn ihre Betriebe der kantonalen Kasse angehören würden. Unter dem Vorwand der Solidarität zwischen allen Kassen wird denn auch ein Lastenausgleich verfügt und damit die Attraktion sabotiert, eine Spezial-einrichtung der Schweizer Banken beizutreten. Dabei hat sich immer wieder erwiesen, dass staatsunabhängige Organisationen die gleichen Leistungen kostengünstiger, gleich sicher und zuverlässig erbringen können. Man denke nur etwa an die Selbstregulierung im Kampf gegen die Geldwäscherei. Trotz der guten Erfahrungen ist die Staatsgläubigkeit nicht aus einigen Köpfen zu vertreiben, und es besteht die Gefahr, dass auch bei den Familienzulagen kantonale Administratoren mit dem Finger auf Branchen zeigen werden, die mit dem Tempo in der Einführung - dem 1. Januar 2009 - nicht Schritt halten konnten, sowenig wie eine ganze Reihe von Kantonen, die nicht einmal ihre Einführungsgesetze und Verordnungen fristgerecht erlassen konnten.

Es ist für die Mitglieder unseres Verbandes beruhigend zu wissen, dass ihre Kasse wohlvorbereitet und mit den vielen gemachten Erfahrungen in die neue, aber bereits bekannte Aufgabe starten konnte. Zu bearbeiten bleiben aber viele Felder in den zentralistisch orientierten Kantonalverwaltungen, wie auch bei den zuständigen Behörden. Die Güte der Dienstleistung wird beweisen, welche Organisationsform bessere Resultate bringt - es wird die Unsere sein.

II. Ausgleichskassen

1. Unsere AHV- und Familienausgleichskassen

Die *Ausgleichskasse für das Schweizerische Bankgewerbe* (Ausgleichskasse Banken), die gemeinsam von der Schweizerischen Bankiervereinigung und unserem Verband getragen wird, wickelte in der Berichtsperiode den Verrechnungs- und Zahlungsverkehr im Zusammenhang mit der AHV, IV, EO und ALV mit gewohnter Sorgfalt, Zügigkeit und Verlässlichkeit ab. Dasselbe gilt für die durch unseren Verband gegründeten Familienausgleichskassen für die Kantone Aargau und Zürich. Sie finden eine schematische Darstellung der Struktur dieser *Ausgleichskassen und ihrer Trägerverbände* hinten auf Seite 10 in diesem Jahresbericht.

2. Die Ausgleichskasse Banken im Besonderen

Unser Verband hat die Ausgleichskasse Banken 1947 zusammen mit der Schweizerischen Bankiervereinigung gegründet. Sie ermöglicht es Unternehmen, die nicht Bank oder Effektenhändler sind, über eine Mitgliedschaft in unserem Verband gleichwohl von den günstigen Administrationskosten und dem hohen Dienstleistungsniveau einer privatwirtschaftlich getragenen Kasse zu profitieren. Für unseren Verband ist die Ausgleichskasse neben der sozialpolitischen Interessenvertretung ein Hauptelement des Vereinszwecks (Art. 3 unserer Statuten, im Gegensatz zur Bankiervereinigung, wo die Ausgleichskasse nur eine von vielen Dienstleistungen für die Mitglieder darstellt).

2008 hat die Kasse CHF 2'023 Mio. (1'894 Mio.) an AHV-, IV-, EO-, ALV-Beiträgen eingenommen und CHF 574 Mio. (575 Mio.) für AHV- bzw. IV-Renten und EO-Entschädigungen ausgezahlt (in Klammer Vorjahr).

Integration der Familienausgleichskassen Aargau und Zürich in die Familienausgleichskasse Banken per 1. Januar 2009

Die Inkraftsetzung des neuen Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG) per 1.1.2009 führt zu grundlegenden Änderungen für die bestehenden Familienausgleichskassen Aargau und Zürich unseres Verbandes.

In der Eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. November 2006 wurde das Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 24. März 2006 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 68 % angenommen. Nach dem neuen Gesetz werden in allen Kantonen mindestens die folgenden Zulagen pro Kind und Monat ausgerichtet:

- eine Kinderzulage von 200 Franken für Kinder bis 16 Jahren
- eine Ausbildungszulage von 250 Franken für Kinder von 16 bis 25 Jahren

Das neue Bundesgesetz legt Mindestbeträge für die Kinderzulagen und die Ausbildungszulagen fest und führt gleichzeitig eine Vereinheitlichung und eine bessere Koordination ein.

Am 10. April 2008 haben die Schweizerische Bankiervereinigung und der Verband Schweizerischer Holding- und Finanzgesellschaften in Zürich die Familienausgleichskasse Banken (FAK Banken) gegründet, welche ihre Tätigkeit gleichzeitig mit der Einführung des neuen Bundesgesetzes per 1. Januar 2009 aufgenommen hat.

Dies hatte zur Folge, dass die bestehenden Familienausgleichskassen Aargau und Zürich per 1. Januar 2009 in die neue Familienausgleichskasse Banken integriert wurden.

Das Jahr 2008 bildete somit das letzte Tätigkeits- bzw. Geschäftsjahr für die Familienausgleichskassen Aargau und Zürich.

Anlässlich der letzten Vorstandssitzung vom Juni 2009 sind unter anderem die Modalitäten für die Integration in die Familienausgleichskasse Banken zu regeln.

3. Gründung der Familienausgleichskasse Banken

Die am 10. April 2008 gegründete Familienausgleichskasse Banken hat ihre Tätigkeit am 1. Januar 2009 vorerst in den folgenden Kantonen aufgenommen: Zürich, Bern, Basel-Stadt, Aargau, Luzern, Schwyz, Graubünden, St. Gallen und Thurgau.

Es ist vorgesehen, dass die Familienausgleichskasse Banken nach kontinuierlichem Aufbau ab dem Jahre 2011 ihr Tätigkeitsgebiet auf weitere Kantone der Schweiz ausdehnen wird.

Das neue Bundesgesetz über die Familienzulagen sieht aus solidarischen Gründen keine Befreiung von grossen Arbeitgebern mehr vor. Jeder Arbeitgeber in der Schweiz muss sich somit einer Familienausgleichskasse anschliessen.

Im Grundsatz sieht die Familienausgleichskasse Banken vor, die Durchführung – so weit dies gesetzlich möglich ist – an die Arbeitgeber zu delegieren. Die Kasse ermächtigt die angeschlossenen Arbeitgeber, ohne formelle Verfügung bzw. Mitteilung über den Anspruch der Familienzulagen ihre Arbeitnehmenden direkt zu entschädigen. In diesem Falle verbleiben die Unterlagen beim Arbeitgeber und müssen nicht an die Familienausgleichskasse weitergeleitet werden. Somit bleibt im Normalfall die Selbständigkeit in der Durchführung für den Arbeitgeber weitgehend gewahrt.

Diese Durchführungsform der *delegierten Dossierführung* wurde gewählt, weil die meisten unserer Mitglieder über einen ausgebauten Personaldienst verfügen und die Familienzulagen - aufgrund ihrer bisherigen Befreiung - bereits in der Vergangenheit grösstenteils selbständig regelten.

Die delegierte Dossierführung trägt zudem dem Hauptziel bei der Gründung der Familienausgleichskasse Banken Rechnung, nämlich einer kostengünstigen und unbürokratischen Durchführung des neuen Bundesgesetzes über die Familienzulagen.

Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass eine zusätzliche Herausforderung für alle Beteiligten die Einführung des Familienzulagenregisters (voraussichtlich) per 1. Januar 2011 darstellen wird. Dieses Register wurde geschaffen, um den Missbrauch von Doppelbezügen zu vermeiden. Um dieses Register

zu alimentieren, werden seitens unserer Mitglieder detaillierte Daten der Bezüger in elektronischer Form notwendig sein.

Ausgleichskassen in Trägerschaft bzw. Mitträgerschaft unseres Verbandes

Schweiz. Bankiervereinigung (SBVg)**Präsident:** Pierre Mirabaud**Verwaltungsrat:**

P. **Mirabaud**** Präsident; Mirabaud & Cie; F. **Morra**** UBS AG; W. **Berchtold**** Credit Suisse; U.Ph. **Roth**** Schweizerische Bankiervereinigung, R.J. **Bär*** Julius Bar Holding AG; A. **Bolliger*** Bank Maerki Baumann & Co. AG; A. **Gysf*** BSI SA; P. **Kriener*** Banque Cantonale Vaudoise; P. **Nyfeiler*** Valiant Holding; P. **Odlie*** Lombard Odier Darier Hentsch & Cie; P. **Vincenz*** Raiffeisen-Gruppe Schweiz; C.R. **Bidermann** Rathn & Bodmer; G. **de Picciotto** Union Bancaire Privée; B. **Goetschin** Banque Cantonale de Genève; B. **Kobler** Luzerner Kantonalkbank; E. **Leemann** AIG Privat Bank AG; P. **Nyfeiler** Verband Schweiz. Kantonalkbanken; St. **Weigelt** Bank CA St. Gallen; M. **Scholl*** Zürcher Kantonalkbank; M. **Monbaron*** Crédit Agricole SA

* Mitglieder des Ausschusses ** Mitglieder des Präsidiums und des Ausschusses

Delegierter des VR: Urs Ph. Roth**Ausgleichskasse für das schweizerische Bankgewerbe (AK)**

Banken)

Präsident: Leo Metzler, Direktor, Credit Suisse, Zürich**Vorstand:**

R. **Bentle** Verband der Raiffeisenbanken; R. **Isken** Bezirks- Sparkasse; L. **Metzger** Schweiz. Bankiervereinigung; A. **Nötzli** UBS AG; P. **Schaub** Basler Kantonalkbank; H. **Jeger** Baumann & Cie. Banquiers

Geschäftsführer: Daniel Cerf**Verband schweizerischer Holding- und Finanzgesellschaften**
(Holdingverband)**Vorstand:** Georg Stucky

Vorstand:
G. **Stucky** Präsident; K. **Arnold** Steuerkonsulent; P.A. **Derendinger** Rechtsanwalt; Ch. **Huber** UBS AG; M. **Kühne** Generalkonsul; D. **Lüthi** Notar; L. **Metzger** SBVg; A. **Storck** ABB (bis Ende März 2009); U. **Vischer** Büro Vischer

Sekretär: Thomas W. Knehl**Vereinsverband der Familienausgleichskassen Aargau und Zürich des Verbands schweizerischer Holding- und Finanzgesellschaften****Präsident:** Georg Stucky

Vorstand:
E. **Affolter** BDO Visura; H. **Gloor** Hypothekarbank Lenzburg; L. **Metzler** Credit Suisse; K. **Wild-Birchler** Dresdner Bank (Schweiz) AG, R. **Wirz** UBS AG

Sekretär: Daniel Cerf**Familienausgleichskasse Zürich des Holdingverbands****Präsident:** Georg Stucky

Vorstand: L. **Metzler** Credit Suisse; K. **Wild-Birchler** Dresdner Bank (Schweiz) AG; R. **Wirz** UBS AG

Geschäftsführer: Daniel Cerf**Familienausgleichskasse Aargau des Holdingverbands****Präsident:** Georg Stucky

Vorstand:
E. **Affolter** BDO Visura
H. **Gloor** Hypothekarbank Lenzburg;

Geschäftsführer: Daniel Cerf

III. Interna

1. Generalversammlung 2008

Die 50. ordentliche Generalversammlung unseres Verbands fand am 8. April 2008 unter der Leitung von Dr. Georg Stucky im Kongresshaus Zürich statt. Der Präsident kam rückblickend auf die Schwerpunkte der Politik aus Sicht der Wirtschaft im Jahr 2007 zurück und warf einem Blick in die Zukunft. Nach der Abnahme von Jahresbericht und Jahresrechnung nahm die Versammlung zur Kenntnis, dass Herr Urs Rinderknecht auf die Generalversammlung hin aus dem Vorstand zurücktritt und die statutarische Amtsdauer von Herrn Dr. Stephan Mumenthaler endet. Der Präsident dankte den beiden Vorstandsmitgliedern für die langjährige, engagierte und kompetente Mitarbeit in den vergangenen Jahren. Als neues Vorstandsmitglied wurde Herr Christoph Huber gewählt.

Anschliessend an die statutarischen Traktanden sprach Herr Prof. Dr. Hans-Caspar von der Crone über die Grundzüge der Revision des Aktienrechts.

2. Mitgliederbestand

Der Mitgliederbestand des Verbands entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

Bestand am 1. Januar 2008	635
Eintritte	33
Austritte.....	25
Bestand am 31. Dezember 2008	643

3. Bilanz per 31.12.2008¹

in CHF

<i>Aktiven</i>	<i>31.12.2008</i>	<i>31.12.2007</i>
Bankkonten.....	52'373.65	46'324.50
Debitoren.....	0.00	80.00
Eidg. Steuerverwaltung Vst	1'308.40	703.60
Wertschriften.....	<u>406'688.00</u>	<u>522'527.00</u>
	<u>460'370.05</u>	<u>569'635.10</u>
 <i>Passiven</i>		
Transitorische Passiven.....	44'187.10	38'134.70
Vermögen.....	<u>416'182.95</u>	<u>531'500.40</u>
	<u>460'370.05</u>	<u>569'635.10</u>
 <i>Veränderung des Vermögens</i>		
Stand per 1. Januar.....	531'500.40	514'847.05
Reingewinn per 31. Dezember.....	-.--	16'653.35
Reinverlust resp. -gewinn per 31.12..	<u>115'317.45</u>	<u>-.--</u>
Stand per 31. Dezember.....	<u>416'182.95</u>	<u>531'500.40</u>

¹ Zur Sicherung der gesetzlichen Haftpflicht unseres Verbands und der Schweizerischen Bankiervereinigung als Trägerverbände der Ausgleichskasse für das schweizerische Bankgewerbe (Art. 78 Abs. 1 ATSG, Art. 70 AHVG) besteht eine Solidarbürgschaft der Basler Kantonalbank über CHF 500'000.00 zu Gunsten der beiden Verbände (Art. 55 AHVG).

4. Erfolgsrechnung vom 1.1. bis 31.12.2008

<i>Aufwand</i>	<i>2008</i>	<i>2007</i>
Entschädigungen und Honorare.....	41'724.50	41'620.00
Ausgleichskasse (Sozialabgaben).....	1'163.50	1'163.50
Steueraufwand.....	2'345.10	2'564.20
Drucksachen.....	5'950.95	4'585.15
Portispesen.....	2'263.45	1'680.15
Bank- und Postkontospesen.....	103.90	90.40
Reise- und Sitzungsspesen.....	470.90	514.70
Dienstleistungseinkauf.....	32'280.00	32'280.00
GV und Vorstandssitzung.....	8'742.80	8'202.00
Revision.....	780.00	930.00
Diverse Unkosten.....	786.60	777.00
Wertschriftenaufwand.....	111'840.30	-.--
Einnahmenüberschuss.....	<u>-.--</u>	<u>16'653.35</u>
	<u>208'452.00</u>	<u>111'060.45</u>

Ertrag

Eintrittsgelder und Jahresbeiträge....	83'070.00	81'440.00
Wertschriftenenertrag.....	-.--	19'489.35
Bank- und Postzinsen.....	62.40	60.70
Diverse Einnahmen.....	10'000.00	10'000.00
ausserordentlicher Ertrag.....	2.15	70.40
Ausgabenüberschuss.....	<u>115'317.45</u>	<u>-.--</u>
	<u>208'452.00</u>	<u>111'060.45</u>

5. Revisionsbericht

An die
Generalversammlung des Verbandes
Schweizerischer Holding- und Finanzgesellschaften
Aeschenplatz 7, Postfach 4182
4002 Basel

Basel, 3. Februar 2009

Revisionsbericht 2008

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Als unabhängige Revisoren Ihres Verbandes haben wir die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr im Sinne der gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Aufgrund dieser Prüfungen stellen wir fest, dass

- die Bilanz und die Erfolgsrechnung, die mit einem Reinverlust von CHF 115'317.45 abschliessen, mit der Buchhaltung übereinstimmen
- die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist
- bei der Darstellung der Vermögenslage und des Geschäftsergebnisses die gesetzlichen Vorschriften und die Vorschriften der Statuten eingehalten sind.

Wir empfehlen, die Jahresrechnung 2008 zu genehmigen.

Freundliche Grüsse

J. Allemann Dr. G. Schürmann